

Frage Nr. 1564 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zum stark angestiegenen Konsum von ADHS-Medikamenten

Am 9.1.24 titelte der BRF :

Konsum von ADHS-Medikamenten stark gestiegen – Experten mahnen zur Vorsicht.

Tatsache ist, dass gegen ADHS massiv Medikamente verschrieben werden.

Eine Studie der christlichen Krankenkasse kommt zum Schluss, dass der Arzneimittelmarkt zur Behandlung von ADHS boomt und dass die Zahl der Kinder und Jugendlichen, für die Ritalin oder ein verwandtes Mittel verschrieben wird, in den vergangenen zehn Jahren laut der Untersuchung um 20 % gestiegen ist.

Kinder- und Jugendpsychiaterin Karen Vertessen erklärt zudem, dass es oft die Schulen seien, die Eltern auf mögliche ADHS-Probleme ansprächen, was Eltern dann dazu veranlasse entsprechende Medikamente bei Ärzten anzufragen, um das angebliche Problem unter Kontrolle zu bekommen. Frau Vertessen betont, dass eine ADHS-Diagnose und damit die Verschreibung entsprechender Medikamente sehr oft verweigert werden müsse, weil die entsprechende Diagnose fehle.

Ein Problem sei, dass aber nicht nur Spezialisten wie Neurologen und Psychiater Mittel wie Ritalin verschreiben können, sondern auch Hausärzte, wo die Eltern dann oft erfolgreicher seien.

Wir von der Vivant-Fraktion sehen die Situation eher wie der Züricher Pädiater Oskar Jenni, der in seinem Buch "die kindliche Entwicklung verstehen" bestätigt, dass es keinen eindeutigen ADHS-Test gibt, aber verschiedene Störungsmodelle für ADHS diskutiert werden.¹

Wir sind der Meinung, dass dem voreiligen Verschreiben von Ritalin dringend entgegengewirkt werden muss, denn oftmals wird hier eine einfache Lösung simuliert, die mit dem Bedarf des Kindes nichts zu tun hat.

Laut Jenni ähnelt ADHS einer Spektrums-Störung und kann vielfältige Hintergründe haben.

So spricht der Professor Dinge an, die körperliche und geistige Unruhen fördern: Zuckerreiche Ernährung, Überstimulation, fehlender Ausgleich zum Lernalltag, soziale Medien und so weiter. Zuerst muss also die richtige Stellschraube gefunden werden und dies geht nur indem möglichst alle Beteiligten eingebunden werden, das heißt neben dem Kind auch die Eltern, Geschwister, Lehrer und Mitschüler, das heißt eine umfeldzentrierte Therapie. Außerdem spreche wenig dafür, dass Kinder heute grundsätzlich anders sind als früher, aber die Lebensumstände und Anforderungen haben sich gewandelt, beispielsweise die medialen Angebote. Die Fähigkeiten, von Kindern, sich selbst zu regulieren sind in unserer Zeit stärker gefordert.

Hierzu lauten unsere Fragen :

¹ <https://www.spektrum.de/news/wie-behandelt-man-kinder-und-jugendliche-mit-adhs/2124525>

1. Wie wird das Netzwerk mentale Gesundheit sich mit dieser Problematik auseinandersetzen?
2. Welche Sensibilisierungs- bzw. Präventionsmaßnahmen sehen Sie als Minister für Gesundheit auf dem Gebiet der DG vor um die richtigen Stellschrauben zu finden?
3. Welche Schlüsse werden auf den interministeriellen Konferenzen in Bezug auf den Anstieg des Einsatzes von Ritalin gezogen?

Frage Nr. 1565 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zum politischen Handlungsbedarf in der mentalen Gesundheitsversorgung für junge Menschen

Bereits im Oktober haben meine Kollegin Liesa Scholzen und ich Sie zum Anstieg der Antidepressiva-Medikation bei Minderjährigen befragt. Eine Studie der Christlichen Krankenkasse zeigte in der Zwischenzeit, dass auch die Medikation zur Behandlung von ADHS bei Minderjährigen stark zunimmt.

Dass mentale Gesundheit als Thema in die Mitte der Gesellschaft findet, ist eine positive Entwicklung. Leider fehlen an vielen Stellen Ressourcen sowie die nötige Aus- und Weiterbildung, um der zentralen Herausforderung nachkommen zu können: Jeder Fall ist anders und muss individuell behandelt werden. Dazu braucht es Personal, das spezifisch für die Behandlung und Therapie von Minderjährigen ausgebildet ist. Dies ist eine besondere Herausforderung, die seit Jahren an Bedeutung gewinnt und der eine besondere Strategie entgegengesetzt werden muss. Daher unsere Fragen:

1. Wie möchte die Regierung sicherstellen, dass in Zukunft mehr jugendpsychologisches Personal in der DG arbeitet?
2. Wie streben Sie an, ggf. in Zusammenarbeit mit der Bildungsministerin, allen Kindern mit diesem Bedarf langfristig eine individuelle Begleitung in der mentalen Gesundheit zu ermöglichen?

Antwort des Ministers auf die Fragen Nr. 1564 und 1565

Bei Ritalin handelt es sich um ein verschreibungspflichtiges Medikament.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist nicht befugt, die Verschreibung des Medikaments einzuschränken.

Die Medikamentenzulassung und -kontrolle erfolgt auf föderaler Ebene.

Es obliegt der Einschätzung des Arztes darüber zu entscheiden, ob eine Medikation ratsam wäre.

Der Föderalstaat führt regelmäßig Sensibilisierungskampagnen für die Ärzte durch. Sowohl für die Ärzte als auch für die Eltern und die Lehrer wurde auf föderaler Ebene eine Website erstellt, die wertvolle Tipps rund um einen Gesundheitspfad bei ADHS bietet.

In verschiedenen Arbeitsgruppen des Föderalstaats mit den Teilstaaten teilt der Föderalstaat relevante Informationen mit.

Sollte sich interföderal ein Handlungsbedarf ergeben, dann wird der Sachverhalt für die interministeriellen Konferenz vorbereitet.

Auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt es verschiedene Portale, die wertvolle Tipps und Orientierung geben, zum Beispiel Kaleido oder das Bildungsportal.

Neben den Portalen bieten Kaleido, die Schulen und verschiedene Dienstleister, darunter auch in der mentalen Gesundheit, Unterstützung.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat die Mittel für die mentale Gesundheit erhöht.

Das BTZ hat zum Beispiel mehr finanzielle Unterstützung erhalten, um die Warteliste im Bereich der Minderjährigen abzubauen.

Und auch wenn wir den jugendpsychiatrischen Bereich nicht verantworten, habe ich einen Vertrag zwischen dem UK Aachen und der Klinik St. Josef initiiert, der uns Zugang zu einer Jugendpsychiaterin verschafft hat, die Ansprechpartnerin für Dienste ist und Betroffene zu den richtigen Stellen orientiert.

Und in der Tat könnte das neue Netzwerk der mentalen Gesundheit ebenfalls Teil der Lösung sein, insofern dass die verschiedenen Akteure über finanzielle Mittel und Knowhow verfügen, um neue Angebote zu entwickeln und die Zusammenarbeit der Dienste in Ostbelgien zu verbessern.

Ich bin davon überzeugt, dass durch eine größere Vernetzung der Dienstleister die vorhan denen Ressourcen noch besser eingesetzt werden können.

In Zeiten von Fachkräftemangel wird das immer wichtiger!

Das Thema der Weiterbildungen, der Qualifizierung und des Erfahrungsaustausches des Personals werden ebenfalls in die Tätigkeiten des Netzwerks der mentalen Gesundheit einbezogen.

Das Netzwerk wurde aber erst im Herbst 2023 gegründet.

In einem ersten Schritt wird das Projekt erste Linie Psychologen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft umgesetzt (neue INAMI Konvention 2024-2026). Die Reform des Föderalstaats zur Rückerstattung von psychologischen Leistungen ist in diesem Rahmen positiv hervorzuheben.

Die neue INAMI Konvention 2024-2026 erlaubt es auch hier, besser auf den lokalen Bedarf einzugehen.

Aktuell betrifft diese Reform erwachsene Menschen.

Ich hoffe allerdings, dass die Reform auf Kinder ausgeweitet wird.

Zudem arbeitet das Netzwerk an dem Aufbau eines mobilen Teams Senioren und eines mobilen Teams im Bereich Erwachsene.

Wir werden die Mitglieder des Netzwerks über die Behandlung des heutigen Themas informieren.

Zudem wird auf interföderaler Ebene aktuell ein Zusammenarbeitsprotokoll fertiggestellt, durch welches die koordinierte Zusammenarbeit für junge Menschen von politischer Ebene aus unterstützt werden soll.

Hier wird unter anderem festgehalten, dass die verschiedenen Aktivitäten auf Ebene der Teilstaaten und des Föderalstaats regelmäßig in den bestehenden Interkabinettsarbeitsgruppen zusammengetragen werden, und dass die Interministerielle Konferenz mindestens einmal pro Jahr die für Jugendhilfe, Menschen mit Beeinträchtigung, Kinder und Familie sowie Bildung zuständigen Minister einlädt.

Eventuell ergänzt durch die für Jugend und Justiz zuständigen Minister.

Das Dekret mentale Gesundheit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen, mit dem Ziel, die Gesundheitslandschaft zu strukturieren und den Aufbau neuer Angebote zu ermöglichen.

Auch die Netzwerkarbeit findet man unter den Schwerpunkten.

Wir werden in wenigen Monaten die Gelegenheit haben, über die Zielsetzung und Maßnahmen des Dekrets auszutauschen.

Wir warten aktuell auf das Gutachten des Staatsrats.